

Geschäftsbericht

über das

Kalenderjahr 2004



Inhaltsverzeichnis

- Vorwort
- Allgemeines
- G.u.V. 2004
- Bilanz zum 31.12.2004
- Anhang zur Bilanz
- Lagebericht



Vorwort

Umstrukturierung, Neuaufbau und kein Ende, ein Eindruck, den man in den letzten Jahren gewinnen konnte, wenn man an das VZB dachte. Die Jahre des gründlichen Aufarbeitens sind nun um, das VZB kann sich auf eine fundierte Aktenlage und eine gesicherte Versicherungsmathematik stützen.

Wir erinnern uns alle nur zu schmerzlich, daß wir dieses mit einem Abschlag unserer Anwartschaften erkaufen mußten.

Im Ergebnis des versicherungsmathematischen Gutachtens aus den Jahren 2002 bis 2004 konnte die Delegiertenversammlung eine Dynamisierung der Anwartschaften von 2 % beschließen und damit einen ersten Schritt zur Aufholung der Anwartschaftskürzung vollziehen. Grundsätzlich wurde diese Dynamisierung auch für die laufenden Renten beschlossen, allerdings unter Berücksichtigung der Übergangsregelung der Satzung. Da die Renten nicht gekürzt wurden, nehmen sie an dieser Dynamisierung praktisch auch noch nicht teil.

Die erfreuliche Entwicklung der Kapitalmärkte, aber auch der Aufbau eines umfassenden Berichtswesens mit entsprechender Risikosteuerung führen zu einem positiven und gesicherten Ausblick für die nächsten Jahre.

Ausruhen auf erreichten Lorbeeren wäre aber der falsche Schluß hieraus. Kapitalmärkte bleiben mit starken Schwankungen risikoreich, das Zinsniveau niedrig, die Anforderungen des Gesetzgebers an Risikokontrollstrukturen bleiben hoch. Aus diesem Grunde wird weiter hieran zu arbeiten sein.

An vorderster Stelle steht aber der Servicegedanke für die Mitglieder. Das VZB als Serviceeinrichtung mit kompetenter Beratung durch die Mitarbeiter soll kein Schlagwort sondern Realität sein. Dieser Bereich kann erst jetzt nach Abschluß der Datenprüfungsphase in Angriff genommen werden. Auch gehen wir davon aus, daß in Mitgliedsangelegenheiten Bearbeitungszeiten von einer Woche erreichbar sind, die Qualität der Bearbeitung hat aber Vorrang.

Durch den Aufbau des Bereiches Controlling mit einer kompetenten Mitarbeiterin werden Ablaufverbesserungen im Zusammenwirken mit den jeweiligen Abteilungsleitern geprüft und umgesetzt.

Der Umzug des VZB in die neuen Büroräume hat zu einer entsprechenden positiven Betriebsatmosphäre beigetragen.

Auch steht das Gesetzgebungsverfahren für das VZB als Körperschaft vor der Tür. Eine neue Satzung basierend auf einer zukunftsorientierten versicherungsmathematischen Basis ist vorbereitet und soll das VZB weit ins neue Jahrhundert sichern.

Albert Essink
Vorsitzender
Verwaltungsausschuß

Rolf Janowski
stellv. Vorsitzender
Verwaltungsausschuß

Allgemeine Eckdaten

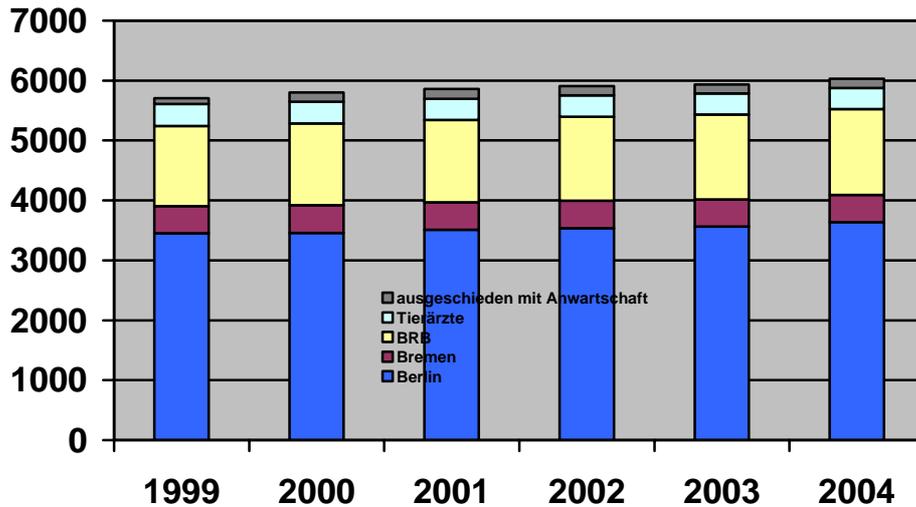
Aufstellung der wesentlichen Eckdaten des VZB jeweils zum Stichtag 31. Dezember der Jahre 2003 und 2004:

	2003	2004
Vermögensanlagen (TEUR)	629.769	689.079
Davon:		
Wertpapiere	1.356	21.850
Namenspapiere	34.108	46.370
Schuldscheindarlehen	112.428	158.094
Investmentanteile	291.528	259.744
Immobilienbestand	136.914	152.025
Termingelder	52.235	49.794
Andere Kapitalanlagen	1.200	1.200
Vermögensertrag	37.697	37.222
Effektivverzinsung der Kapitalanlagen	5,30 %	4,49 %
Verwaltungskostensatz	2,42 %	2,06 %
Beiträge gesamt (TEUR)	40.302	41.585
Davon:		
Pflichtbeiträge	37.490	38.477
Freiwillige Beiträge	2.321	2.372
Überleitungen	491	736

Mitgliederentwicklungen

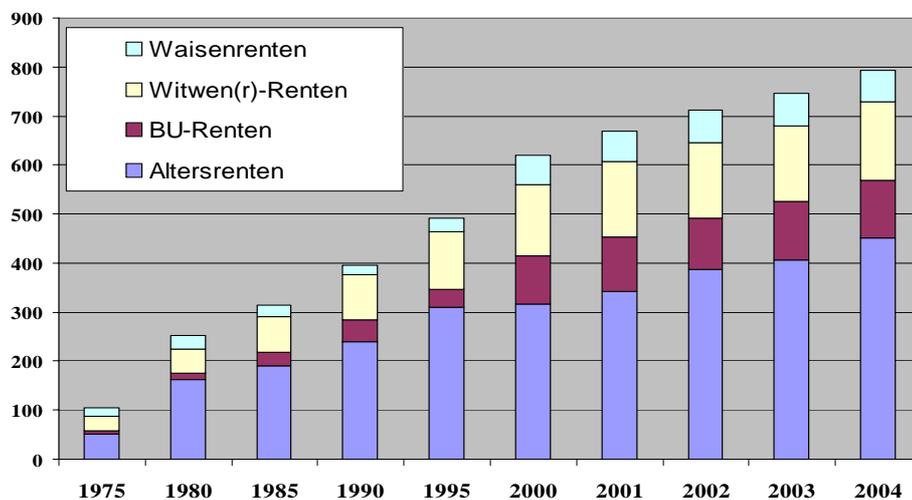
Aktive Mitglieder

Das VZB befindet sich noch in der Wachstumsphase, wenngleich die Mitgliederzunahme geringer ausfällt. Auch ist dieses Wachstum aufgrund der allgemeinen Situation in der Zahnärzteschaft nicht mit steigenden Beitragseinnahmen verbunden.



Rentenempfänger

Das VZB konnte seinen 40. Geburtstag begehen. Der daraus folgende versicherungsmathematisch kalkulierte Umstand ist die Zunahme des Rentnerbestandes. So muß zwangsläufig im älter werdenden Mitgliederbestand neben den Altersrenten auch die Zahl der BU-Renten steigen. Die Zunahme entspricht den kalkulatorischen Erwartungen.



Geschäftsführung

Nach den Jahren des Umbaus trat Herr Dr. Gutsche aus persönlichen Gründen von seinem Mandat im Verwaltungsausschuß zurück.

Die Delegiertenversammlung wählte am 26.02.2004 Herrn Dr. Ingo Rellermeier zum Beisitzer, so daß sich zum 31.12.2004 die folgende Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses ergibt:

ZA Albert Essink	Vorsitzender
ZA Rolf Janowski	stellv. Vorsitzender
Dr. Gunnar Hoops	Beisitzer, Bremen
Dr. Marius Radtke	Beisitzer
Dr. Ingo Rellermeier	Beisitzer
Dr. Dirk Weßlau	Beisitzer, Brandenburg

Die Verwaltung wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann geleitet.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2004 BIS 31. DEZEMBER 2004
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

	EUR	Vorjahr TEUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Verdiente Beiträge/gebuchte Beiträge		
Erlöse aus Beiträgen	41.585.147,02	40.702
Zuführung Wertberichtigungen	<u>0,00</u>	-400
	41.585.147,02	40.302
2. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Grundstücken und Bauten	8.929.575,08	8.136
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	19.395.293,39	14.465
c) Erträge aus Zuschreibungen	0,00	2.190
d) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>8.897.278,08</u>	12.906
	37.222.146,55	37.697
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge	<u>221.887,68</u>	20
	79.029.181,25	78.019
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle	10.790.289,38	10.068
5. Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewährungsbeiträge, Austrittsvergütungen und Überleitungen	1.933.971,91	2.178
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	<u>143.041.471,78</u>	0
	155.765.733,07	12.246
	-76.736.551,82	65.773
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a) Persönliche Aufwendungen	595.393,64	685
b) Sonstige Aufwendungen	<u>483.337,03</u>	535
	1.078.730,67	1.220
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	4.151.443,13	3.777
b) Abschreibungen	2.858.177,88	2.243
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>754.507,83</u>	0
	7.764.128,84	6.020
9. Versicherungstechnisches Ergebnis	-85.579.411,33	58.533

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2004 BIS 31. DEZEMBER 2004
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

	EUR	Vorjahr TEUR
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Sonstige Erträge	0,00	209
2. Sonstige Aufwendungen	<u>897,32</u>	<u>-897,32</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-85.580.308,65	58.717
4. Sonstige Steuern	<u>124,53</u>	0
5. Jahresfehlbetrag/-überschuss	<u>-85.580.433,18</u>	58.717
6. Entnahme aus der Überschussrückstellung	85.580.433,18	0
7. Zuführung zur Überschussrückstellung	<u>0,00</u>	-58.717
8. Bilanzgewinn/-verlust	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0</u></u>

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2004
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

A K T I V A**P A S S I V A**

	EUR	Vorjahr TEUR		EUR	Vorjahr TEUR
A. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE			A. ÜBERSCHUSSRÜCKSTELLUNG	0,00	85.580
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	218.409,00	297			
B. KAPITALANLAGEN			B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN		
I. Grundstücke und Bauten einschließlich Anlagen im Bau			I. Deckungsrückstellung lt. versicherungsmathematischer Berechnung zum 31. Dezember 2004/ 2001	666.976.421,00	546.419
1. Grundstücke	35.634.682,04	31.532	II. Rückstellung für Leistungsverbesserung	24.524.790,13	2.041
2. Gebäude	107.608.102,00	101.956		691.501.211,13	548.460
3. Außenanlagen	1.953.555,00	1.964	C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN		
4. Anlagen im Bau	6.829.285,96	1.462	I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	165.582,06	156
	152.025.625,00	136.914	II. Sonstige Rückstellungen	175.629,16	176
II. Sonstige Kapitalanlagen				341.211,22	332
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	259.744.502,53	291.528	D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN		
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.850.565,67	1.356	I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	513.181,67	736
3. Sonstige Ausleihungen			II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.152.763,04	5.972
a) Namensschuldverschreibungen	46.370.483,04	34.108	III. Sonstige Verbindlichkeiten	2.144.179,56	1.852
b) Schuldscheinforderungen	158.094.095,34	112.428	davon aus Steuern EUR 11.506,50 (Vj. TEUR 9)		8.560
4. Einlagen bei Kreditinstituten	49.794.000,00	52.235	davon im Rahmen aus sozialen Sicherheit EUR 27.117,33 (Vj. TEUR 23)	12.810.124,27	
5. Andere Kapitalanlagen	1.200.000,00	1.200			
	537.053.646,58	492.855			
	689.079.271,58	629.769			
C. FORDERUNGEN					
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder	2.471.811,17	2.261			
D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE					
I. Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	407.532,00	379			
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand					
1. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	5.323.530,53	3.501			
2. Schecks	0,00	3			
3. Kassenbestand	1.413,24	1			
	5.324.943,77	3.505			
III. Andere Vermögensgegenstände					
1. Mietforderungen	1.275.627,66	1.166			
2. Sonstige	1.037.991,42	1.373			
	2.313.619,08	2.539			
	8.046.094,85	6.423			
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
1. Abgegrenzte Zinsen (noch nicht fällig)	4.623.963,24	3.946			
2. Sonstige	212.996,78	236			
	4.836.960,02	4.182			
	704.652.546,62	642.932		704.652.546,62	642.932

**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2004
DES
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

**Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und
Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und
Bewertungsmethoden**

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 und 5 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Immobilien, Fondsanteile, Wertpapiere und Genossenschaftsanteile.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen für die Gebäude wurden zum 1. Januar 2000 neu bemessen. Grundlage dafür bildeten die in den Verkehrswertgutachten festgelegten Restnutzungsdauern von 20 bis 50 Jahren. Für die Außenanlagen wird eine Nutzungsdauer zwischen 15 und 25 Jahren zugrunde gelegt.

Abgänge wurden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die sonstigen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 3 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip mit dem niedrigeren Kurswert zum Bilanzstichtag bewertet. Abschreibungen auf den niedrigeren Wert wegen gesunkener Kurswerte waren im Berichtsjahr nicht vorzunehmen. Vom Wahlrecht des § 341b HGB wurde nicht Gebrauch gemacht.

Die Bewertung der Schuldscheindarlehen erfolgt mit den Nennwerten. Für den, den Nennwert übersteigenden Betrag der Anschaffungskosten, wurde ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der über die Laufzeit der Schuldscheindarlehen aufgelöst wird.

Die Namensschuldverschreibungen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341c HGB mit dem Nennbetrag bilanziert.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung einer Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge werden sowohl nach der Vereinfachungsregel, d.h. Zugänge in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres werden mit dem vollen Jahresbetrag, Zugänge in der zweiten Geschäftsjahreshälfte mit dem halben Jahresbetrag, als auch zeitanteilig (pro rata temporis) abgeschrieben.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden gemäß der versicherungstechnischen Bilanz zum 31. Dezember 2004 von Herrn Diplom-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht ausgewiesen.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Alle zum Abschlussstichtag entstandenen und bis zum Tag der Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken sind berücksichtigt.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhaltet den Anspruch auf Altersvorsorge des ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte anhand einer vorläufigen Berechnung. Für die Berechnung wurde ein Zinssatz von 6 % zugrunde gelegt. Ein Pensionsgutachten hat nicht vorgelegen.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 24 der Satzung sowie entsprechend den Vorschriften des VAG (in der Fassung vom 17. Dezember 1992; mit letzter Änderung vom 5. Juli 2004) und der RechVersV gegliedert.

II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Kapitalanlagen

a) Grundstücke und Bauten

Aufgrund von Instandhaltungsrückstau in einem Immobilienobjekt waren im Berichtsjahr außerplanmäßige Abschreibungen von TEUR 500 (Vj. TEUR 0) vorzunehmen.

Das Versorgungswerk nutzt eigene Räumlichkeiten in der Rheinbabenallee für seinen Geschäftsbetrieb. Der Buchwert des Grund und Bodens beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 1.664, der Buchwert des Gebäudes nebst Tiefgarage TEUR 1.971.

Die Anzeige gemäß § 54 Abs. 2a VAG über die im Berichtsjahr erworbenen Grundstücke an die Aufsichtsbehörde ist erfolgt.

b) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften des VAG. Die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Wertpapierspezialfonds, Inhaberschuldverschreibungen sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt.

Im Berichtsjahr waren - wie im Vorjahr - keine Abschreibungen wegen gesunkener Kurswerte vorzunehmen.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften der § 54 VAG i.V.m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen hinsichtlich der Anlageformen und -grenzen beachtet.

2. Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer waren wegen der Vorläufigkeit der Sollstellung für die Beiträge bis zur endgültigen Veranlagung sowie für sich im Amtshilfeverfahren befindliche Forderungen und Forderungen aus Vorjahren Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 1.500 (Vj. TEUR 1.500) vorzunehmen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer stehen im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern.

Die Wertberichtigung auf Mietforderungen wegen des enthaltenen Ausfallrisikos beträgt TEUR 528 (Vj. TEUR 528). Des Weiteren wurde auf Forderungen aus noch nicht abgerechneten Betriebs- und Heizkosten ein pauschaler Wertabschlag für einen eventuell nicht umlagefähigen Anteil von TEUR 596 (Vj. TEUR 335) vorgenommen.

3. Rechnungsabgrenzungsposten

Für beim Erwerb von Schuldscheindarlehen gezahlte Agiobeträge ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der planmäßig über die Laufzeit der Darlehen aufzulösen ist.

Des Weiteren wird ein Rechnungsabgrenzungsposten für eine Zins-Sicherungsgebühr in Höhe von TEUR 211 (Vj. TEUR 236) geführt. Die Auflösung erfolgt anteilig über die Zinsfestschreibungszeit für das Darlehen.

4. Überschussrückstellungen

Zum 31. Dezember 2004 wurde ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt. Die Überschussrückstellung wurde in voller Höhe entnommen und der Deckungsrückstellung sowie der Rückstellung für Leistungsverbesserung zugewiesen.

5. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend dem versicherungsmathematischen Gutachten von Herrn Diplom-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht zum 31. Dezember 2004 unter Berücksichtigung der Satzungsänderung vom 20. Juni 2002, die am 18. Dezember 2003 von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurde, bilanziert. Die in der Satzungsänderung enthaltene pauschale Kürzungsregelung wurde im versicherungsmathematischen Gutachten zum 31. Dezember 2004 erstmals angewendet.

Bei der Ermittlung der Deckungsrückstellung wurden die "Richttafeln 1997 für berufsständische Versorgungswerke" der Prof. Dr. Heubeck Richttafeln GmbH berücksichtigt. Für die Berechnung wurde ein Rechnungszins von 4 % p.a. zugrunde gelegt.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung bei den Versorgungsanwartschaften und fälligen Renten erfolgt nach dem versicherungsmathematischen Äquivalenzprinzip auf der Grundlage des technischen Geschäftsplanes. Als Finanzierungsverfahren wurde das Anwartschaftsdeckungsverfahren angewandt.

Der Verwaltungskostensatz wurde aufgrund gestiegener Kosten rechnermäßig durch eine Pauschale in Höhe von 2,5 % der Beiträge und 2 % der fälligen Renten berücksichtigt. Im Gutachten zum 31. Dezember 2001 erfolgte ein pauschaler Ansatz der Verwaltungskosten in Höhe von 3 % der Deckungsrückstellung. Diese Bewertungsänderung wirkt sich mit einer um 14,1 Mio. EUR höheren Deckungsrückstellung aus.

Im Berichtsjahr wurde die Anwartschaftspauschale von 2% auf 2,5% des Anwartschaftsbarwertes erhöht. Die Deckungsrückstellung war daher um zusätzlich 4,8 Mio. EUR zu erhöhen.

Die Bereinigung der Bestandsdaten gegenüber dem versicherungsmathematischen Gutachten zum 31. Dezember 2001 führte zu einer weiteren wesentlichen Erhöhung der Deckungsrückstellung, die aber betragsmäßig nicht bestimmbar ist.

6. Andere Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Versicherungsmathematiker, Jahresabschluss sowie Prozesskostenrisiko enthalten.

7. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2004

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR	
1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungs- geschäft gegenüber Versiche- rungsnehmer	513.181,67	513.181,67	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	735.598,95	735.598,95	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.152.763,04	20.298,90	90.612,55	10.041.851,59	952.763,04
Vorjahr	5.972.346,94	19.581,03	99.778,91	5.852.987,00	972.344,90
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.144.179,56	2.144.179,56	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	1.852.446,23	1.852.446,23	0,00	0,00	0,00
	12.810.124,27	2.677.660,13	90.612,55	10.041.851,59	952.763,04
Vorjahr	8.560.392,12	2.607.626,21	99.778,91	5.852.987,00	972.344,90

Ein Darlehen ist durch eine Grundschuld besichert.

8. Verdiente/ gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2004 wie auch in den Folgejahren werden ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen sowie eventueller Beitragsrückzahlungen zu erfassen sein. Des Weiteren werden Beiträge aus Überleitungen in Höhe von TEUR 736 (Vj. TEUR 492) ausgewiesen.

9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 48,49 : 51,51 (Vj. 61,44 : 38,56) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der in der Vermögensverwaltung beschäftigten Mitarbeiter im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

III. Sonstige Pflichtangaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die für die Bewertung der Finanzanlagen des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, ergeben sich aus Abnahmeverpflichtungen für Multitranchen - Schuldscheindarlehen und betragen insgesamt 50 Mio. EUR (Vj. 50 Mio. EUR).

Für eine im Berichtsjahr erworbene Immobilie besteht eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von maximal TEUR 140, da der Veräußerer des Objektes bis zum Jahr 2009 zu 50 % an der Umsatzmiete beteiligt ist.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Abs. 3 HGB, die für die Bewertung der Finanzanlage des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, existieren nicht.

2. Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 26 (Vj. 26) Mitarbeiter im Versorgungswerk beschäftigt.

3. Angabe zu den Unternehmensorganen

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung gemäß § 285 Nr. 9a HGB wird gemäß § 268 Abs. 4 HGB verzichtet.

Berlin, den 24. August 2005

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Dr. Wolfgang Schmiedel
(Präsident)

gez. Albert Essink
(Vorsitzender Verwaltungsausschuss)



L a g e b e r i c h t

des

Versorgungswerkes

der

Zahnärztekammer Berlin

zum

Jahresabschluß 2004

Inhaltsverzeichnis

- 1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**
- 2. Der Vorstand**
- 3. Der Verwaltungsausschuß**
- 4. Personalbestand**
- 5. Mitgliederbewegung**
- 6. Vermögensanlagen**
- 7. Versicherungsmathematik**
- 8. Ausblick**

1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz zuletzt geändert am 15. Oktober 2001 und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.12.1989 die Neufassung der Satzung vom 13.11.1989, zuletzt geändert zum 01.01.2005.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluß der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluß der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten.

Mit Beschluß der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landes Zahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen.

Die Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen.

3. Der Verwaltungsausschuß

Der Verwaltungsausschuß wurde auf der Delegiertenversammlung am 20.März 2003 in der bisherigen Besetzung wiedergewählt. Der Verwaltungsausschuß wählte in seiner konstituierenden Sitzung am 04. April 2003 den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter:

als Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
als stellvertretender Vorsitzender:	Rolf Janowski, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Peter E. Gutsche, Berlin bis 26.02.2004
	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin, ab 26.02.2004
	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weißlau, Brandenburg

Mit Wirkung zum 26.Februar 2004 trat Herr Dr. Peter E. Gutsche von seinem Amt als Mitglied des Verwaltungsausschusses zurück. Die Delegiertenversammlung wählte am 26. Februar 2004 Herrn Dr. Ingo Rellermeier als Mitglied des Verwaltungsausschusses.

Dem Verwaltungsausschuß sind gemäß § 4 Ziffer 5 der Satzung die vom Vorstand bestellten Sachverständigen beigeordnet:

als Finanzsachverständiger	Bankdirektor a.D. Ulrich Dassel, Berlin,
als mathematischer Sachverständiger	Dipl.-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht, Düsseldorf

Der Verwaltungsausschuß bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

4. Personalbestand:

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes zum 31.12.2004 dar:

Abteilung	Mitarbeiter per 31.12.2000	Mitarbeiter per 31.12.2001	Mitarbeiter per 31.12.2002	Mitarbeiter per 31.12.2003	Mitarbeiter per 31.12.2004
Sekretariat	2	2	2	2	2
Wertpapierverwaltung/ Controlling/ Berichtswesen					1
EDV/Informatik	1	1	1	1	1
Versicherungsmathematik	1,5	1	1,5	1,5	1
Mitgliederverwaltung	3	4	4	4	5,5
Finanzbuchhaltung	3	3	3	3	3
Immobilienverwaltung	4,5	4	4	6	8
Allgemeine Bearbeitung	-	-	2	2	2
Gesamt	15	15	17	19	23

Die Abteilungen Mitgliederverwaltung, Finanzbuchhaltung sowie Immobilienverwaltung werden durch Abteilungsleiterinnen geführt.

Um den gestiegenen Anforderungen im Kapitalanlagebereich gerecht werden zu können, sowie zur Unterstützung der Geschäftsführung in den Bereichen Controlling und Berichtswesen, ist zu Beginn des Jahres 2004 eine weitere qualifizierte Mitarbeiterin eingestellt worden.

Die Immobilienverwaltung des VZB wurde im Bereich der technischen Immobilienbetreuung bislang durch ein externes Architekturbüro unterstützt. Aufgrund der Kontinuität der Anforderungen wurde nunmehr eine Diplom-Ingenieurin eingestellt, die Unterstützung durch das externe Architekturbüro wurde entsprechend reduziert. Zusätzlich werden für die Betreuung der Immobilien Hausmeister eingesetzt. Zur flexiblen und kostengünstigen Durchführung von Handwerksarbeiten wurden zwischenzeitlich zwei Vollzeitstellen geschaffen, welche in der obigen Aufstellung enthalten sind.

5. Mitgliederbewegung

Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2004 wie folgt:

	01.01.2004	Zugang	Abgang	31.12.2004
Zahnärzte Berlin	3567	172	109	3630
Zahnärzte Bremen	451	26	24	453
Zahnärzte Brandenburg	1417	39	21	1435
Tierärzte Berlin	353	0	6	347
Ausgeschieden mit Anwartschaft	151	14	9	156
Aktive Mitglieder gesamt	5939	251	169	6021
Altersrenten	407	51	13	445
BU-Renten	118	2	3	117
Witwen-/Witwerrenten	155	12	8	159
Waisenrenten	67	5	10	62
Rentenempfänger gesamt	747	70	34	786
Gesamt	6686	321	203	6804

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 118, die Zahl der Rentner um 39 gestiegen.

Nach Aufarbeitung des Datenbestandes wurden die standardisierten Anwartschaftsmitteilungen an die Mitglieder wieder aufgenommen. Hier werden jeweils Versicherungsverläufe beigelegt, damit Unklarheiten im Beitragsverlauf zeitnah geklärt werden können.

6. Vermögensanlagen

Die verhaltene Entwicklung am Aktienmarkt führte im Jahr 2004 zu einem entsprechenden Ergebnisbeitrag. Es konnte durch die Entscheidung zur Aufrechterhaltung der Aktieninvestments innerhalb von Spezialfonds für einen Teil der Vermögensanlagen eine im Vergleich zum allgemein niedrigen Zinsniveau akzeptable Rendite erwirtschaftet werden. Notwendigerweise wird sowohl aufgrund der geltenden Vorschriften als auch aufgrund der sich erst langsam aufbauenden Reserven in den Fonds des VZB eine strenge Risikokontrolle mit laufender Ertragsprüfung durchgeführt.

Die Zusammenführung der Fondsmandate in eine Masterfondsstruktur wurde Ende 2004 begonnen und zu Beginn des Folgejahres abgeschlossen. Zugleich erfolgt die Umschichtung der Vermögensbestände in eine Masterdepotbank.

Zum Erhalt des eingesetzten Kapitals wurden bei den Aktien- und Rentenfonds aktiv Sicherungsmaßnahmen im Berichtsjahr vollzogen.

Für die Aufstellung der Bilanz per 31. Dezember 2004 wurde vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB wie in den Vorjahren erneut kein Gebrauch gemacht. Wie bisher wurden die Kapitalanlagen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Das Vermögen war im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 5,67 %, bzw. einer Effektivverzinsung von 4,49 % angelegt.

Mit den zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln wurden im Direktbestand überwiegend festverzinsliche Wertpapiere (Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe) erworben. Zur besseren Risikodiversifizierung wurden die reinen Aktien- sowie Rentenfonds in gemischte Fonds überführt. Durch das im Berichtszeitraum anhaltend niedrige Zinsniveau wurden am Markt vermehrt strukturierte Wertpapiere angeboten. Das VZB erwirbt von solchen Angeboten

ausschließlich Papiere mit Kapitalgarantie im Bereich der einfachen Strukturen wie Kündigungs- und Andienungsrechten. Die entsprechenden Papiere werden vor Erwerb hinsichtlich der Chancen auf einen entsprechenden Ertrag bewertet.

Der Immobilienbestand

Im Berichtsjahr wurden folgende Immobilien erworben bzw. veräußert:

Erwerbungen:

Lietzenburger Str. 87, 10719 Berlin

Es handelt sich um ein gemischt genutztes Altbau-Objekt in direkter Nachbarschaft zum im Bestand befindlichen Hotel-Objekt und dient perspektivisch der Hotelerweiterung.

Karolinenstraße 4 in 30159 Hannover

Bei diesem Objekt handelt es sich um ein Parkhaus im Randbereich der Innenstadt mit benachbarten Hotel- und Kinobauten. Das Objekt ist langfristig an einen Betreiber vermietet.

Friedhofstraße 48 in 06366 Köthen

Hier handelt es sich um einen Neubau, der in der Bauphase erworben wurde und langfristig an das Amtsgericht Köthen als Alleinnutzer vermietet ist.

Veräußerungen

Heerstr. 9/ Frankenallee 16,18, 14052 Berlin

Das Objekt, welches sich seit 1973 im Besitz des VZB befand, wurde veräußert. In Folge des erheblichen Brandschadens und des daraus resultierenden Sanierungsaufwandes wurde unter Berücksichtigung der Abwicklung mit der Versicherung der Verkaufsbeschuß gefaßt.

7. Versicherungsmathematik

Aufgrund der beschlossenen dreijährigen Aussetzung der Dynamisierung für Renten, die am 01.01.2003 bereits eingewiesen waren, haben Verwaltungsausschuß und Vorstand der Zahnärztekammer Berlin beschlossen, gemäß § 24 Abs. 3 der Satzung für die Jahre 2002 bis 2004 wiederum nur ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellen zu lassen und über die Mittelverwendung der Überschüsse für diese drei Jahre insgesamt zu entscheiden. Damit wird dem Beschluß der Delegiertenversammlung Rechnung getragen und vor dem 31.12.2005 eine Ausschüttung von erwirtschafteten Überschüssen an die Mitglieder vorgenommen. Es bleibt aber auch festzuhalten, daß das Versorgungswerk unter Berücksichtigung der Langfristigkeit der Kapitalanlagen die aktuellen Marktschwankungen so besser kompensieren kann, um den Rechnungszins insgesamt zu erzielen.

Somit war aus den Ergebnisbeiträgen der Kalenderjahre 2002 bis 2004 ein versicherungsmathematisches Gutachten zu erstellen, welches durch den bestellten Versicherungsmathematiker Herrn Hans-Jürgen Knecht am 31.08.2005 dem Verwaltungsausschuß und Vorstand vorgelegt wurde.

Gemäß diesem Gutachten befindet sich das VZB nach den turbulenten vergangenen Jahren auf einem konsolidierten Niveau, die Vermögensanlage stehen in Einklang mit den Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern. Aus dem Gesamtergebnis ist erstmals seit 1999 wieder eine Dynamisierung unter Abwägung der notwendigen Reservenbildung möglich.

8. Ausblick

Hinsichtlich der Kapitalanlagen ist es Ziel, den Immobilienbestand weiterhin in einer Größe von 20 % des Vermögens zu halten. Mit einem in Spezialfonds verwalteten Aktienbestand in einer Bandbreite von 16 % bis 24 % des Gesamtvermögens wird dem Umstand Rechnung getragen, weiterhin an der Entwicklung der Aktienmärkte unter strenger Risikokontrolle partizipieren zu können. Positive – wenn auch gedämpfte – Konjunkturaussichten lassen auch weiter moderat steigende Kurse erwarten und damit ein Festhalten an den o. a. Bandbreiten sinnvoll erscheinen, zumal aktuell bei Erstellung des Lageberichtes eine mögliche Neuwahl in Deutschland entsprechende konjunkturelle Impulse liefern könnte.

Aus Risikoerwägungen werden im Direktbestand aktuell weder Aktien, nachrangige Wertpapiere noch Corporates (Industrieanleihen) erworben.

Die liquiden Mittel werden überwiegend im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere sowie in Spezialfonds angelegt. Hinsichtlich der Investitionen im Direktbestand wurden und werden fast ausschließlich Namenspapiere erworben, die entweder durch die Einlagensicherungsfonds oder im Bereich der Pfandbriefe durch Grundpfandrechte gesichert sind. Im Bereich der Spezialfonds werden aktuell keine Ausweitungen vorgenommen, da insbesondere Rentenfonds bei einem steigenden Zinsumfeld kaum Erträge erwirtschaften können. Auch macht der geringe Risikopuffer in den Aktienfonds eine sehr enge Kontrolle notwendig.

Der im Berichtsjahr turnusmäßig durchgeführte Auswahlprozeß zur Verpflichtung eines neuen Consultants konnte abgeschlossen werden, so daß mit Ende des Berichtsjahres die bisherige Consultingfirma ihre Beratungstätigkeit vertragsgemäß beendet hat. Am 01.01.2005 hat der neue Consultant seine Tätigkeit aufgenommen. Im Zuge des Wechsels hat das VZB erstmals eine umfassende Asset-Liability-Studie in Auftrag geben und wird zu gegebener Zeit berichten.

Der Verwaltungsausschuß hat, wie von der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin einstimmig beauftragt, dem Senat die Errichtung einer selbständigen Körperschaft „Versorgungswerk der Zahnärzte in Berlin“ vorgeschlagen. Unter Federführung der Senatorin für Gesundheit erarbeitet der Senat von Berlin derzeit einen Gesetzentwurf für die Kammern des Gesundheitswesens, in dem eine Verselbständigung der Versorgungswerke als Körperschaften des öffentlichen Rechts den Kammern ermöglicht wird. Dieser Gesetzentwurf soll dem Abgeordnetenhaus demnächst zugeleitet werden, wobei ein Zeitpunkt zur Realisierung noch nicht absehbar ist.

Berlin, 30.06.2005

Dr. Wolfgang Schmiedel
Präsident

Albert Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses